

Der Gesundheitskonzern vergreift sich am Eingemachten!

Was tun: GEGEN UNDEMOKRATISCHE PLÄNE UND UNTERSCHLAGENE INFORMATIONEN?

Es liegt nicht an den Konzernspitzenfunktionären, die regelmäßig auf sparsamem Papier Personalien und Konzeptionen preisgeben, dass diese Obrigkeit wenig hinterfragt wird und somit fast ungestört ihre Absichten durchsetzt. Die Beschäftigten halten angstvoll still und viele Betriebsräte verharren merkwürdig stumm: die arbeitnehmerfeindlichen (um mal den Jargon der so genannten Sozialpartner von Arbeitgeber und -nehmer zu übernehmen) Planungen der GENO werden nicht durch notwendige Infos offen gelegt und sind dadurch kaum kritisch zu beleuchten.

WIR WERDEN WEITERHIN KRITIK LAUTSTARK ÄUSSERN!

Zuerst wollen wir aufzeigen, dass die politisch verantwortlichen Personen im Hintergrund verbleiben. Uns allen sollte klar sein, dass die Entscheidungsträger der GENO-Konzernstrategien Senatorin Rosenkötter und Staatsrat Schulte-Sasse heißen. Wir müssen uns vor Augen führen, dass eine sozialdemokratische Politikerin (und Vorsitzende des GENO-Aufsichtsrats) und ein politischer Beamter die Fäden ziehen. Und damit eine Debatte über geplante Krankenhausversorgung in Bremen insbesondere einer Diskussion über beabsichtigte Gesundheitspolitik bedarf. Wir brauchen dringend eine Auseinandersetzung über die arbeitnehmerfeindlichen Handlungen und Strategien der GENO!

1. Der KONZERNAUFSICHTSRAT ist das Abstimmungsgremium der GENO. Dieses ist paritätisch besetzt (gleiche Stimmzahl Arbeitgeber/Arbeitnehmer; die Vertreter aus den Belegschaften der Krankenhäuser müssen prinzipiell gewählt werden. Im Augenblick werden diese Plätze von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten eingenommen), die entscheidende Stimme bei Stimmgleichheit besitzt allerdings Rosenkötter für die Arbeitgeberseite.

Wir finden überaus nachteilig, dass in diesem Aufsichtsrat sich die meisten Betriebsräte Verschwiegenheit über die Diskussions- und Entscheidungsvorgänge auferlegt haben. Diese Verschwiegenheit entspricht nicht der uns bekannten Schweigepflicht (Infoweitergabe z.B. von Patientendaten). Im schlechtesten Falle sind wir auf die Weitergabe von Informationen durch die jeweiligen Betriebsratszeitungen oder anlässlich einer Betriebsversammlung angewiesen. Wir erleben aber häufiger, wie solche Veranstaltungen für Propagandazwecke gebraucht werden (erinnert die bunten Masterplan-Werbeposters!). Eine unvorbereitete Diskussion macht Wortmeldungen schwierig und Äußerung von Kritik unterbleibt.

WAS IST MIT DER INFORMATIONSPFLICHT DER BETRIEBSRÄTE? (z.B. zum Personalbinnenmarkt und den Sanierungsvereinbarungen)

2. Vor wenigen Wochen wurde ein LENKUNGSAUSSCHUSS bei der GENO eingerichtet. Auf Vorschlag des Verdi-Sekretärs Schmid und mit Wohlwollen der Konzernspitze, aber ohne Teilhabe der KollegInnen aus dem LdW. (Der BR des LdW hatte im Dezember 2008 die Beschäftigten dort umfassend über die Sanierungspläne der GENO unterrichtet. Er hatte eine Personalbefragung zur ‚Betriebsvereinbarung Sanierung‘ mit der Frage: „Soll der BR des LdW unterschreiben?“ durchgeführt. Diese Betriebsvereinbarung sieht nämlich u.a. die Zustimmung zur Streichung von 1.000 Stellen und Lohnsenkungen vor und dafür soll der Lenkungsausschuss zuarbeiten. Die KollegInnen aus dem LdW hatten dann mit Mehrheit gegen diese BVS gestimmt). Seit dieser Unterschriftsverweigerung ist der BR des LdW durch die Konzernspitze aus dem Lenkungsausschuss ausgeschlossen worden! Ein Lenkungsausschuss könnte positiv sein, wenn die dort besprochenen Planungen und Absichten allen Belegschaften zugänglich gemacht würden: Arbeitgeber und BR's versuchen, für ALLE KollegInnen

verträgliche und zukunftsweisende Ideen offen anzusprechen. Am GENO-Lenkungsausschuss haftet aber der Eindruck, dass geheim und undemokratisch weitreichende Planungen bereits umgesetzt werden.

3. Die SANIERUNGSVEREINBARUNGEN gehorchen Senatsabsichten (Finanzausstattung baulicher Planungen, ‚Marktorientierung‘ wie z.B. Auslagerungen ganzer Betriebsteile, Zusammenlegungen von Abteilungen...) und führen zu unerhörten Personaleinsparungen und zur Schaffung von Billigarbeitsplätzen (Leih- und Zeitarbeit; StationsassistentInnen). Realität sind heute bereits: totale Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzwechsel gegen den eigenen Willen, Arbeit an berufsfremden Arbeitsplätzen.

Deutlichstes Beispiel ist das Projekt Reinigungsdienste. Die ursprünglich am ZKH-St. Jürgen Str. angesiedelte KSG (mit unklaren Eigentümerverhältnissen) wird nunmehr an allen vier Kommunalkliniken als GENO-Dienstleistungs GmbH betrieben. Durch Gesellschaftskapital der Krankenhäuser finanziert (aus unserer Maloche ausgepresst!) verschlechtert sich die ökonomische und rechtliche Situation einiger Kolleginnen aus Ost und dem LdW: die Reinigungsfrauen werden in Zukunft nach dem noch schlechteren Tarifvertrag der Gewerkschaft IG Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU) entlohnt.

Sie erhalten keine VBL-Beiträge und Beihilfen mehr. Sogar ihre Kolleginnen an öffentlichen Schulen sind besser gestellt.

So etwas nennt sich sozialdemokratische Gesundheitspolitik - von Teilen der Betriebsräte mitgetragen!

WO BLEIBT GEWERKSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT GEGEN DIESE SCHLECH-TERSTELLUNG? WIR WERDEN ALSBALD DEN WORTLAUT DER „BETRIEBS-VEREINBARUNG SANIERUNG“ VERÖFFENTLICHEN (was der BR schon längst hätte tun müssen!).

4. Auch zum PERSONALBINNENMARKT bleiben viele Fragen offen (dazu werden wir gesondert ein Flugblatt schreiben): Fachfremde Versetzungen? Dauer der Versetzung? Einstellungskorridor? Betriebliche Sonderopfer auf Kosten der „Kernbelegschaften“, (ÄrztInnen und Pflegekräfte) wie z.B. der ZUSI (Unterlaufen des TvÖD für Kliniken in „Notlagen“ - Bestandteil des Entgelttarifvertrages!), werden nicht ausgeschlossen, sondern leichter, wenn diese ohne die ausgelagerten früher kampfstarken Belegschaftsteile (Arbeiterbereich) nach deren „Abstoßung“ in die GENO-Dienstleistungs GmbH beim Widerstand dagegen fehlen. Bis Ende 2009 kann die GENO-Geschäftsführung durch Kündigung des TvÖD diesen jederzeit wirksam und machbar machen.

Erinnert ihr die ROTE KANÜLE Nr. 1? Jene Glosse zu Frau Loest? Ohne Häme wollen wir heute feststellen, dass die Nähe zu den Mächtigen (irgendwo am Tisch der Entscheidungen sitzen) brandgefährlich ist - gefeuert und erloest!

LEIDER GIBT ES SCHLECHTE NACHRICHTEN. Sowohl die Prozesse für die Gleichstellung der Teilzeitbeschäftigten, die Schichtzulage als auch die Zusatzurlaubstage nach Nachtarbeit betreffend, sind VERLOREN gegangen. Im 1. Fall hat das Bundesarbeitsgericht die Klage abgewiesen; im 2. Fall hatten mehrere Landesarbeitsgerichte für uns negativ entschieden, so dass die Klagen zurückgezogen wurden. Nach der Niederlage bei den Eingruppierungen nochmals die Bestätigung, dass der TVöD (gegenüber dem BAT) für die Krankenpflege extrem schlampig verhandelt wurde. (siehe ROTE KANÜLE 1)

WIRD VERDI BEI DEN KOMMENDEN TARIFVERHANDLUNGEN DIESE SCHLECHTERSTELLUNGEN KONSEQUENT NACHVERHANDELN?

AUFRUF:

Die Unabhängige Betriebsgruppe „Uns reicht’s“ unterstützt die Demonstrationen gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die unter dem Motto „Wir zahlen NICHT! für eure Krise“ in Berlin und Frankfurt/M. am Sonnabend, den 28.03.2009, stattfinden nicht nur mit eigener Beteiligung, sondern wir fordern EUCH ALLE zur aktiven Teilnahme auf. Busse nach Berlin fahren ab Bremen/Cinemaxx am Hauptbahnhof um 7 Uhr. Rückfahrt aus Berlin ab 17 Uhr. Preise zwischen 7 und 20 €. Karten erhältlich über den Bremer Landesverband DIE LINKE (Büro der Landesgeschäftsstelle: Falkenstr. 75!)

Unser nächstes Treffen ist am Dienstag, 21.04.09, um 17 Uhr.
Ort bitte erfragen.